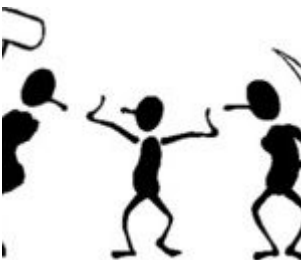




Seyran Ates am 28.11. an der Uni Stuttgart



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „SPIEGEL-Gespräch – live in der Uni“ diskutiert Redakteurin Barbara Supp am 28. November an der Stuttgarter Uni (Campus Vaihingen, Hörsaal 47.02) mit Seyran Ates zum Thema „Multikulti – ein Irrtum auf Kosten der Frauen?“. Wer es einrichten kann, sollte Seyran Ates in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung muslimischer Frauen unterstützen.



Little Green Footballs sperrt Fjordman aus



Islamkritiker haben es bekanntlich schwer, steht ihr kleines Häuflein doch einer riesigen Übermacht islamophiler, guter Moralisten gegenüber. Ständig zu den „Schlechten“ zu gehören, geht auf's Gemüt.

Wohl deshalb ist der Wunsch unter Islamkritikern ausgeprägt, sich wenigstens als Guter unter Bösen zu positionieren. Also distanziert man sich auf Teufel komm raus von allem und jedem, im Extremfall sogar von sich selbst.

Nach der rituellen Distanzierung, gründlich vollzogen wie eine Waschung vor dem Gebet, scheint sich bei vielen ein Zustand glückseliger Erleichterung einzustellen, vor allem, wenn man den ehemaligen Verbündeten als Rassisten oder Rechtsradikalen erkannt hat. Dann ist man nämlich schon fast genauso gut wie diejenigen, denen das Gutsein von Haus aus gehört: Den Linken – und bekommt von ihnen vielleicht sogar ein anerkennendes Schulterklopfen.

Die neueste Posse aus dem Distanzierungszirkus ist *Little Green Footballs* gegen Fjordman, einen der klügsten Köpfe im Kampf gegen die Islamisierung Europas. Auf *Acht der Schwerter* hat *Eisvogel* dankenswerterweise die Stellungnahme von Fjordman übersetzt. Sie ist hier zu lesen.

Und so zerlegt sich die Antiislamisierungsbewegung Stück für Stück in kleinste Teile. Muslimorganisationen und Islamophile können belustigt und tatenlos zusehen.

Update 21.11.07:

Erwartungsgemäß hat jetzt auch Udo Ulfkotte die rituelle Reinigung vollzogen und sich von Fjordman distanziert. Dabei blühen Verschwörungstheorien, welche die Linken vor Neid erblassen lassen müssen. Fjordman wird zu einer von geheimen Geheimdiensten und (Rechts-?) Extremisten geschaffenen Kunstfigur. Eigentlich hat Ulfkotte es ja schon immer geahnt. Auch PI-Gründer Stefan Herre ist Teil dieser Verschwörung. Ulfkotte verlinkt auf das Counter-Jihad-Treffen im Oktober in Brüssel, das „von der rechtsextremen Gruppe Vlaamse Belang und amerikanischen Geheimdiensten organisiert wurde“, und an dem neben den bekennenden Extremisten Bat Ye'Or, David Littman, Robert Spencer, Andrew Bostom oder Paul Belien auch Geheimdienstler Herre teilgenommen haben soll.

Das Ganze hat inzwischen Kabarett-Qualitäten. Wie PI-Autor gw im Kommentarbereich treffend formuliert:

“Nach LGF schließt auch Akte Islam den Geheimdienst-Blogger Fjordman aus”

Das schafft nur der Distanzierungskünstler Ulfkotte: einen ausschließen, der nie dabei war. Respekt!



Kinderschreck Schweiz



Und wieder einmal greift die UNO ihr in letzter Zeit so beliebtes Ziel die neutrale Schweiz an. Demokratisch gefällte Volksentscheide sind den sich gar so demokratisch gebenden Anti-Demokraten der UNO wohl ein Dorn im Auge. Und meist stammen die Schweiz-Kritiker selber aus Ländern, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ist die UNO noch zu retten?

Wie der Blick schreibt wurden im Vorfeld des internationalen Tags der Kinderrechte von Seiten der Uno Vorwürfe gegen die Schweiz laut: Die Schweiz verstößt angeblich gegen die Uno-Kinderrechtskonvention. Speziell wurde dabei das neue Asylgesetz kritisiert. Der *Blick* berichtet:

Jean Zermatten, Vize-Präsident des Uno-Komitees für Kinderrechte, sagte, dass die Schweiz das Recht auf Familienzusammenführung für Ausländer einschränke. Dies widerspreche der Konvention.

Jene Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, werden regelmäßig vom Uno-Komitee unter die Lupe genommen. 2009 ist die Schweiz an der Reihe. «Sie wird sich bestimmt an den Ohren ziehen lassen müssen», sagte Zermatten.

Spürnase: Daniel Gianola

Einwanderer im Dienst des Weltislams



Der «Rat der Religionsgelehrten» des Kairoer Al-Azhar (eine der wichtigsten Bildungsinstitutionen der islamischen Gesellschaft) hat jenen Moslems, die als Wirtschaftsflüchtlinge bei der illegalen Einreise nach Europa ums Leben kommen, den Status von «Märtyrern» für die Ausbreitung des islamischen Weltreichs verliehen. Da es sich bei diesem Gremium um eine kollegiale Lehrautorität für alle Moslems handelt, liegt damit die grundsätzliche und über Ägypten hinaus verbindliche Anerkennung der Unterwanderung des «christlichen Abendlandes» durch Moslem-Immigranten zum Zweck der Islamisierung Europas vor. Das entzieht allen christlichen Selbsttäuschungen über die Möglichkeit eines mit westlichen Standards konformen Euro-Islams endgültig den Boden.

Der Beschluss kam wenigstens nicht einstimmig, sondern gegen den Widerstand des islamischen Großrechners für Ägypten zustande, des Mufti Scheich Ali Gomaa. Eine klare christliche Antwort auf diese Heiligsprechung von Werkzeugen einer schleichenden Integration der europäischen in die islamisch beherrschte Welt kommt damit auch jenen Moslem-Kräften zugute, die sich gegen das so radikale islamische Selbstverständnis, wie es heute vorherrscht, zur Wehr setzen.

Anlass für diesen Beschluss wurde die Repatriierung der Leichen von 26 illegalen ägyptischen Einwanderern aus Italien. Diese waren beim Kentern ihres mit 186 Menschen überfrachteten Bootes vor der italienischen Küste zusammen mit 150 anderen ums Leben gekommen. Radikale islamische Kreise wandten sich darauf an den Azhar mit seinem Islamischen Forschungskomitee, um der Forderung, ihnen den Status von Märtyrern zuzusprechen, Nachdruck zu verleihen.

Die über tausendjährige islamische Universität an der Azhar-Moschee (die Leuchtende) ist nicht nur die wichtigste theologische Lehranstalt für das heute über eine Milliarde Menschen umfassende islamische Religionsvolk, die Umma. Ihr Forschungskomitee und auf dessen Antrag der Rat ihrer Religionsgelehrten (Ulema) ist zugleich die wichtigste Instanz für Höchstentscheidungen in Glaubens- und Sittenfragen, eine Art kollegiale päpstliche Unfehlbarkeit.

An der Spitze der Ulema steht der Gross-Scheich des Azhar. Zwischen dem späten 19. und bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts waren das offene, weitblickende Persönlichkeiten, der letzte von ihnen Scheich Mahmud Schaltut (1958-1963), der einen für Andersgläubige aufgeschlossenen Islam vertrat. Nach ihm hat sich aber auch am Azhar der aus Saudi-Arabien kommende militante Islamismus völlig durchgesetzt.

Kein Wunder, dass der Rat der Ulema unter Vorsitz des heutigen Gross-Scheichs Said Muhammad Tantauwi (seit 1996) am 14. November die 26 im Mittelmeer ertrunkenen Wirtschaftsflüchtlinge in die Reihen der Märtyrer erhoben hat. Jenes Tantauwi, der sogar in Sachen Selbstmordattentäter den Standpunkt vertritt: «Wer sich mit Sprengstoff bepackt in die Luft jagt und dabei Feinde tötet, hat als Märtyrer zu gelten, dem Allah die Freuden des Paradieses zuteil werden lässt.»

Allein Scheich Ali Gomaa weigerte sich, diese jungen Leute als Märtyrer anzuerkennen: «Zweck ihrer Emigration war es nicht, Allah zu dienen, ihre Motive waren Geldgier und leichter

Verdienst.» Demgegenüber vertrat die Mehrheit der Ulemas den Standpunkt, dass der islamische Einwandererstrom nach Europa der Ausbreitung der islamischen Ordnung diene, ganz gleich, welche Motive die Auswanderer selbst bewegten.

Scheich Gomaa verwahrte sich auch dagegen, die aus der islamischen Tradition belegte Erklärung von Katastrophenopfern zu «Märtyrern» auf diesen Fall zu übertragen. Tatsächlich gibt es Beispiele, wo nach Feuerbrünsten, Erdbeben, Seenot und so weiter, den Toten der Status islamischer Märtyrer zuerkannt wurde. Das aber nicht zu ihrer persönlichen Auszeichnung, sondern im Sinn einer Art «Generalabsolution», da im Islam nur Märtyrern die ewige Seligkeit gewiss ist. Die jetzt Betroffenen hätten sich hingegen «selbst in Todesgefahr begeben.»

Erste breitere Kritik der «Heiligsprechung» von Auswanderern und Unterwanderern durch den Azhar kam sofort aus den Reihen der säkulären Nasseristen-Bewegung. Ihr Wochenblatt «Al-Ahali» (Der Liberale) schreibt am 15. November: «Vier von zehn Ägyptern müssen von weniger als (umgerechnet) zweieinhalb Franken pro Tag leben. Schuld daran ist ein korruptes System, das ihnen jetzt den siebten Himmel verspricht, wenn sie am Weg ins europäische Wohlstandsparadies ums Leben kommen!»

Gastbeitrag von Dr. phil. Heinz Gstrein, CSI, promovierter Orientalist und ausgebildeter Theologe. Gstrein lebte jahrzehntelang als Korrespondent von Radio DRS und NZZ in der islamischen Welt und ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen und Sachbücher zum Thema Islam. Heute lebt er bei Zürich und lehrt an den Universitäten Wien und Bratislava Balkantürkische Geschichte und Kultur sowie Osmanisch-Islamisches Recht.

Christian Solidarity International (CSI) setzt sich ein für Menschenrechte und Glaubensfreiheit, so wurden etwa im Sudan Zehntausende Sklaven befreit. CSI bekämpft Armut und leistet Katastrophenhilfe.

» Websites: www.csi-int.org oder www.csi-schweiz.ch



Hass und Gewalt in britischen Moscheen Teil IV



Vier Monate lang filmten Kamerateams des britischen Senders „Channel 4“ heimlich in britischen Moscheen. Und – huch – da predigten große und angesehene Muslimorganisationen, die sich in der Öffentlichkeit als moderat verkaufen, gegenüber ihren Anhängern den Dschihad. Verschreckte Guties griffen daraufhin den Sender für die unverantwortliche Veröffentlichung an, weil hierdurch der Dialog gefährdet sei. PI hatte darüber berichtet. Der Blog *Barbarophobia* hat die sechs Videos ins Deutsche übersetzt.

» *TimesOnline*: Police action over TV film ,undermined free speech‘

(Spürnase: Hausener Bub)

Frauenpower auf Türkisch

In der Türkei gibt es immer mehr Frauen, die sich gegen die zunehmende Islamisierung ihres Landes wehren. Sie gehen in die Politik, kämpfen für ihre Rechte als Menschen, lassen sich nicht länger unter einen Schleier zwingen, wie dieses Video des *Tagesspiegels* zeigt:



Wohnungsvermietung ethnisch getrennt



Aus dem Scheitern des der Bevölkerung

aufgezwungenen Multikulti zieht der Immobilienkonzern Nassauische Heimstätte Wohnstadt politisch inkorrekte Konsequenzen. Das über 64.000 Wohnungen in Hessen und Thüringen verfügende große Unternehmen der öffentlichen Hand wird Wohnungen künftig nur noch nach Ethnien getrennt vermieten.

„Eine 75-jährige deutsche Großmutter hat ein anderes Verständnis von Sauberkeit und Erziehung als eine junge Migrantenfamilie“, sagt Dilger (Anm.: Geschäftsführer der Nassauische Heimstätte Wohnstadt). Die Nassauische Heimstätte achte bei der Vergabe leer stehender Wohnungen deshalb darauf, dass nur noch Mieter aus ähnlichen Kulturkreisen in einem Wohnhaus zusammenleben, erläutert der Geschäftsführer: „Wir setzen auf einheitliche ethnische Nachbarschaften in Milieuhäusern.“ (...) „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Russisch sprechende, in Russland geborene Deutsche den Hessisch sprechenden, in Deutschland geborenen Türken erklären wollen, wem dieses Land eigentlich gehöre und wer hier zu bestimmen habe.“

Der Vorstand einer einer großen kommunalen Wohnungsgesellschaft, der lieber nicht genannt werden möchte, nannte das Modell erfolversprechend. Bei der Welt darf übrigens auch abgestimmt werden ...

(Spürnasen: Jochen, Ansgar, no brother)

CDU wirbt um deutsch-

türkische Mitglieder



Am Ende des Fastenmonats Ramadan lud Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die 15 muslimischer Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz zum festlichen Diner im orientalischen Haus der Berliner „Gärten der Welt“ in Marzahn. Vollkommen unangekündigt gesellte sich Kanzlerin Angela Merkel dazu, um ein vertrauliches Gespräch zu führen. Die muslimischen Vertreter, darunter einige der Organisationen, die der Muslimbruderschaft und Milli Görüs nahe stehen, zeigten sich beeindruckt.

Focus schreibt in seiner Printausgabe Nr. 43 unter anderem:

„Merkel sprach mit ihnen über Integration sowie das Verhältnis von Staat und Religion. Die Islamkonferenz kann gute Stimmung gebrauchen, weil sich die Verbände nicht auf Integration verpflichten wollen, die über im Grundgesetz festgeschriebene Werte hinausgeht.“

Das ist eine PC-Umschreibung der Tatsache, dass nicht alle muslimischen Verbände sich uneingeschränkt zum Grundgesetz bekannt haben.

Währenddessen bemühen sich die CDU-Funktionäre um neue türkischstämmige Mitglieder. Friedbert Pflüger, der Spitzenkandidat und Fraktionschef der Berliner CDU, will die türkischstämmigen Mitbürger nicht den anderen Parteien überlassen. Er verweist auf Bülent Arslan. Der Chef des

nordrhein-westfälischen Deutsch-Türkischen Forums (DTF) will im Frühjahr ein DTF-Bundesverband in der CDU gründen. Weitere Landesverbände werden gegründet. Pflüger betrachtet DTF als eine geeignete Organisation, um türkische Wähler für die CDU zu überzeugen und ihren Ruf bei den Migranten zu verbessern.

(Gastbeitrag: Marquis)



Köln: Bau der Ehrenfelder Medina verzögert sich



Der Abriss der derzeitigen DITIB-Moschee (*Foto*) in Köln Ehrenfeld verzögert sich. Und damit auch der Neubau der Großmoschee mit türkischer Medina an gleicher Stelle. Wo genau es hakt, ist bei den nebulösen Umständen des Projektes wieder einmal nicht genau auszumachen. Fest steht aber, dass der Plan, die Kölner rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2009 vor vollendete Tatsachen zu stellen und das Thema damit vom Tisch zu haben, nicht aufgehen wird.

Laut Plan, der mit den Kölner Politikern ganz offen verabredet war, sollte die DITIB ihre Büros bereits im Dezember räumen, der Abriss des ganzen Gebäudekomplexes sollte im Winter folgen und dann die Bauarbeiten beginnen, um sie zur Jahresmitte 2009, rechtzeitig vor den Kommunalwahlen, abzuschließen. Ein nachvollziehbarer Wunsch der Kölner Ratsparteien, die mit Ausnahme der Bürgerbewegung Pro Köln den Moscheebau gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit mit teils rabiatischen Methoden vorantreiben. Natürlich fürchtet man die politische Quittung in der Wahlkabine und setzte daher auf den bekannten Ist-doch-ganz-schön-geworden-Effekt, und auf das Gefühl, jetzt ist es ja auch egal, wo ist das nächste Thema.

Den muslimischen Bauherren scheinen die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Steigbügelhalter dagegen reichlich egal zu sein. Die Ratsbeschlüsse zugunsten der Türken sind durchgewunken und können kaum rückgängig gemacht werden, plötzliche Parteitagsbeschlüsse der CDU mit kalten Füßen stellen keine ernst zu nehmende Gefahr dar und jetzt hat man alle Zeit der Welt.

Angeblich feilt man noch an Detailplanungen mit dem Architekten, weswegen immer noch kein Bauantrag gestellt wurde. Aber auch die Frage, wo die Muslime während der Bauarbeiten beten können, ist offen. Die DITIB würde gerne ein großes stationäres Gebetszelt auf den benachbarten Sportplätzen errichten. In anbetracht der Stimmung in der Bevölkerung verweigert die Stadt dies – noch -. Ob die Stadt in dieser Frage standhaft bleibt, auch wenn der Zeitplan, wichtig für die Politiker, egal für die Bauherren, bald nur noch an dieser Genehmigung hängt, bleibt abzuwarten.

Aber auch sonst ist fast alles ungeklärt, was mit dem Großprojekt zusammen hängt. Zumindestens weiß die deutsche Seite bisher wenig, insbesondere, was die Finanzierung angeht. Der Stadtanzeiger berichtet:

Wenig vorangekommen ist der Bauherr offenbar auch bei der

Frage nach der Vermietung der Gewerbeflächen im Gebäude. Im August hatte die Ditib ein Konzept angekündigt, wie ihr eine Mischung und der Einzug von möglichst vielen deutschen Geschäften gelingen kann.

Die Berliner Sozialwissenschaftlerin und in Istanbul geborene Islamkritikerin Nekla Kelek hat die Ditib im Zusammenhang mit den geplanten Gewerbeflächen scharf kritisiert. „Was in Köln entstehen soll, ist nicht nur eine Moschee, sondern eine muslimische Medina, ein städtischer Raum, der alle Bedürfnisse nach einem islamischen Leben erfüllt“, so die Islamkritikerin. Die Moschee sei „nur die Begründung und Zentrum einer muslimischen Gegenwelt“. Die Ditib wies die Kritik zurück. Man plane ein offenes Haus, das die Begegnung fördere und wolle ein „möglichst breites Angebot an Mietern“. Die Gewerbeflächen seien nötig, um mit Mieteinnahmen wie mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen den Baukredit für die Moschee abbezahlen zu können.

Die Ditib warf Kelek vor, ohne Belege falsche Behauptungen über die Kölner Moschee in Umlauf zu bringen. Die Frauenrechtlerin erneuerte auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ ihre Kritik, die nach einem Interview in der Monatszeitschrift „Cicero“ für neuen Wirbel in der Moschee-Debatte gesorgt hatte: Es werde der Ditib nicht möglich sein, die Moschee mit Spendengeldern aus Deutschland zu finanzieren. Deshalb sei der Bauherr auf Steuergelder, Subventionen und Gelder aus dem Ausland angewiesen. Die Ditib brauche für den Bau die Fördergelder, die sie von Bund und EU für ihre Integrations- und Sprachkurse bekomme. Kelek legt eine finanzielle Unterstützung des Moscheebaus durch die Religionsbehörde des türkischen Staates nahe und bringt den deutschen Verein mit der „Islamischen Weltliga“ in Verbindung, eine Stiftung der saudi-arabischen Regierung. Belege lieferte sie keine.

Auch diese Vorwürfe weist die Ditib scharf zurück: „Es gibt keinerlei Zuschüsse von der staatlichen Religionsbehörde.

Auch gibt es keine weiteren Zuschüsse aus anderen öffentlichen Kassen, weder aus der Türkei noch aus Deutschland noch von der EU“, erklärt die Ditib. Sie habe „keine Beziehungen zu islamischen Ländern“. Es sei auch „undenkbar“, dass Gelder aus islamischen Organisationen wie der saudischen Stiftung fließen könnten.

Kelek forderte die Ditib auf, ihre Kritik durch die „Offenlegung“ des Finanzierungsplans zu widerlegen. Das verweigert die Ditib jedoch weiterhin: Es sei zurzeit nicht möglich „diesbezüglich konkrete Zahlen zu nennen“. Stattdessen verwies sie auf andere nicht überprüfbare Quellen: Das Finanzamt wie unabhängige Wirtschaftsprüfer hätten „einen Überblick über unsere Einnahmequellen sowie unsere Ausgaben“.